

Morgenpost vom 12.11.2003

„Firmen werden abwandern“

Verein Deutscher Ingenieure warnt vor Sparzwang für Hochschulen

Der Verein Deutscher Ingenieure (VDI) sieht den Wirtschaftsstandort Berlin durch die Sparpolitik des Senats in Gefahr. Sollte das Budget der Technischen Universität bis 2009 dauerhaft um knapp 33 Millionen Euro abgesenkt werden, werde das zu einer Berufungssperre und damit zum Zulassungsstopp für zahlreiche Ausbildungsgänge führen, warnte der VDI in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD). Denn auf Grund des anstehenden Generationenwechsels gingen bis 2010 etwa zwei Drittel der 335 TU-Professuren in Ruhestand. Die Hochschule sei nicht mehr in der Lage, diese Stellen wieder zu besetzen.

Für die Fachbereiche Maschinenbau, Verkehrswesen und Physikalisches Ingenieurwesen bedeute die Berufungssperre, dass sie schon ab 2004 keine Studenten mehr aufnehmen könnten. In Vermessungswesen, Informatik und Architektur gäbe es ab 2005 keine Erstsemester mehr, Elektrotechnik und Informationstechnik im Maschinenwesen hätte ab 2007 einen Zulassungsstopp.

„Der Senat bemüht sich, große, Wirtschaftskraft fördernde Unternehmen nach Berlin zu holen oder sie hier zu binden“, argumentiert VDI-Landesvertreter Siegfried Brandt. „Aber werden diese Unternehmen überhaupt am Standort Berlin Interesse haben, wenn es kei-

ne Fakultät für Elektrotechnik oder Maschinenbau nicht mehr gibt?“ Die Unternehmen seien auf Nachwuchs angewiesen. Berlin laufe Gefahr, dass Firmen abwanderten.

Wie berichtet, sollen die Berliner Universitäten HU, FU und TU in den beiden kommenden Jahren einmalig 54 Millionen Euro einsparen, bis 2009 soll der jährliche Etat für die drei Unis zusätzlich um 75 Millionen Euro zurückgefahren werden. Nachdem es unter den drei Hochschulen zu Streitigkeiten darüber gekommen war, wie die Sparsumme auf die einzelnen Einrichtungen aufgeteilt werden kann, hatte Wissenschaftssenator Thomas Flierl (PDS) ein Beratungsgremium einberufen. Die Gruppe, der neben den Kuratoriumsvorsitzenden von FU und HU auch der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz sowie Fachpolitiker von PDS und SPD angehören, solle sich mehrfach treffen und „Mittler zwischen den Hochschulen, aber auch zwischen Land und Hochschulen sein“, sagte Flierls Sprecher Torsten Wöhlert. Ein erstes Gespräch soll noch in diesem Jahr stattfinden. chb

INFO

Uni-Streik Der am 6. November begonnene Streik der Studenten der Technischen Universität greift auf die anderen Unis über: Gestern besetzten Studenten für einen Tag die Geschichtsfakultät der FU, heute findet am Otto-Suhr-Institut ein Aktionstag statt. An der HU treffen sich Gruppen, um dort einen Streik vorzubereiten. An der TU gibt es Protest-Seminare an öffentlichen Plätzen; Flugblätter werden verteilt. Offiziell stimmen die Freie und die Humboldt Universität erst am Mittwoch beziehungsweise Donnerstag über ihre Teilnahme am Streik ab. Studentenvertreter rechnen mit einem Ja. *js*
